

Antrag

der Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Katja Suding, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Elterngeldverlängerung als Überbrückungshilfe für Familien ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Auswirkungen, die das Coronavirus auf unser aller Leben hat, sind bereits seit Monaten sehr einschneidend und vor allem für Familien erneut deutlich spürbar. Während wir einerseits die aktuellen Einschränkungen aus gesundheitlichen Gründen nachvollziehen und solidarisch unterstützen und mit ihren Konsequenzen leben müssen, sollten unbedingt auch die Aspekte finanzieller Sicherheit im Auge behalten werden.

Familien tragen momentan erneut die Hauptlast der Auswirkungen der verstärkten Ausbreitung des Coronavirus. Durch die Schließung oder Einschränkungen des Regelbetriebs von Kitas, Kindergärten und Schulen müssen Eltern von Kindern und Jugendlichen deutliche höhere Lasten in vielerlei Hinsicht tragen.

Aufgabe der Politik muss es in der aktuellen Lage sein, langfristige Lösungen für Eltern zu liefern. Dazu zählen auch Eltern, die auf die Eingewöhnung ihrer Kinder in der Kindertagesbetreuung warten und die auch nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen in den Kindertagesstätten weiter mit deren Folgen zu kämpfen haben, da es dabei zu ungeplanten Verschiebungen kommen wird. Hier fehlen Lösungen, die in diese Übergangszeit weiter die Folgen abmildern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

die Möglichkeit zu schaffen, den Bezug des Elterngeldes zu verlängern, wenn sich für Eltern aufgrund der pandemiebedingten Schließung bzw. Einschränkung des Regelbetriebs von Einrichtungen zur Betreuung von Kindern der Beginn der zuvor geplanten Aufnahme des Kindes in der Einrichtung zur Betreuung von Kindern verschiebt.

Berlin, den 26. Januar 2021

Christian Lindner und Fraktion